9.11.2025: Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Pogromnacht

Redebeitrag von Hubert Brieden am Holocaustmahnmal in Neustadt a. Rbge.

Zum Abschluss der heutigen Veranstaltung möchte ich noch einige Anmerkungen zu den Besonderheiten des Gedenkens an die Verbrechen der NS-Diktatur in Neustadt machen.

Anfang der 1980er Jahre, als der Arbeitskreis Regionalgeschichte mit den Forschungen zur NS-Geschichte begann, wurde in Neustadt erzählt, hier sei alles nicht so schlimm gewesen, von politischer Verfolgung wusste niemand etwas und die jüdischen Neustädterinnen und Neustädter hätten alle emigrieren können und seien im Ausland reich geworden. Wir waren damals also mit den üblichen immer noch grassierenden antisemitischen Klischees konfrontiert. Erst nach jahrelangen Recherchen in regionalen, aber vor allem überregionalen und internationalen Archiven konnten wir die Schicksale der jüdischen Gemeinde und ihrer Mitglieder aufklären – die meisten wurden ermordet, ihre Namen, Lebens- und Sterbedaten sind in unseren Büchern festgehalten und auf den Tafeln des Holocaustmahnmals, das am 4. November 2018 nach jahrelangen Kontroversen eingeweiht wurde.

Neben der Forschungsarbeit bemühten wir uns von Anfang an auch um das öffentliche Gedenken. Nach fast dreijährigen Diskussionen und nach der Sammlung von Hunderten von Unterschriften konnte 1985 eine Gedenktafel am ehemaligen Standort der Synagoge angebracht werden. Bis dahin war vielen nicht bekannt gewesen, dass dort mal eine Synagoge gestanden hatte.

In den folgenden Jahren und Jahrzehnten publizierten wir weitere Forschungsergebnisse zu anderen Opfergruppen: politische Gegner, Sinti, so genannte „Asoziale“, Behinderte, Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen. Und wir widmeten uns den Tätern, seien es die Bomberbesatzungen vom Fliegerhorst Wunstorf, die u. a. an der Vernichtung von Gernika und Coventry beteiligt

waren oder die Nazis in Neustadt, Protagonisten der Diktatur vor Ort, die für die reibungslose Umsetzung der politischen, militärischen und rassistischen Vorgaben der NS-Führung sorgten, davon profitierten und nach dem Krieg zum Teil ihre Karrieren fortsetzten

Je umfassender das Wissen über die Verbrechen wurde, umso deutlicher wurde auch, dass weitere Gedenkorte notwendig waren. Heute gibt es außer dem Holocaustmahnmal und der daneben platzierten Erklärungstafel, die in diesem Jahr erneuert wurde, dreiunddreißig Stolpersteine, die auf die Wohnorte der jüdischen Familien verweisen; auf dem Friedhof Lindenstraße wurde eine Informations- und Gedenktafel aufgestellt, die auf die hier beerdigten ausländischen Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter hinweist. Am ehemaligen Kreiskrankenhaus in der Theresenstraße steht das Schüler*innen-Kunstprojekt gegen Rassismus und Antisemitismus.

Forschungen, Publikationen und Gedenkorte kamen ausschließlich durch bürgerschaftliches Engagement zustande. Und sie wurden fast ausschließlich durch Spenden finanziert. Das ist das Besondere der Neustädter Gedenkkultur. Öffentliche Gedenkorte haben nur dann einen Sinn, wenn sie mit Leben gefüllt werden. Das ist in Neustadt der Fall: Die Gedenkorte sind Teil von Stadtrundgängen und Radtouren, alle Gedenkveranstaltungen in Neustadt sind selbst organisiert, Schülerinnen und Schüler beteiligen sich an der Verlegung und dem Reinigen von Stolpersteinen, drei Schülerinnen des Gymansiums entwarfen dieses Mahnmal. Im Neustädter Gymnasium gibt es einen Schüler*innenaustausch mit einer Schule aus Gernika, in dessen Rahmen die verhängnisvolle deutsche Militärgeschichte nicht ausgeblendet, sondern thematisiert wird.

Dieses umfassende Engagement war auch immer wieder mit Feindseligkeit und erschreckender Gedankenlosigkeit konfrontiert. Erinnert sei an die Verhinderung von Straßenbenennungen nach jüdischen Neustädter Opfern, für

die sich in den 1990er Jahren im Ortsrat keine Mehrheit fand. Unvergessen der damalige Ausspruch eines Neustädters: „Wer will denn schon im Judenviertel wohnen?“

Ist es „nur“ Gedankenlosigkeit, wenn über mehrere Jahre gerade zum 9. November unmittelbar neben dem Holocaustmahnmal ein Mammografie-Sattelschlepper aufgebaut wurde, obwohl woanders genügend Platz vorhanden war? Ein Zustand, der erst nach Beschwerden abgestellt wurde. Handelt es sich um absichtsvolle Verächtlichmachung, wenn unmittelbar neben das Holocaustmahnmal ein Dixiklo gestellt wird? Oder wieder „nur“ um Gedankenlosigkeit?

Was ist davon zu halten, wenn Jahr für Jahr am so genannten „Goldenen Sonntag“ ausgerechnet neben dem Holocaustmahnmal Panzer der Bundeswehr aus Luttmersen und anderes Militärmaterial aufgestellt werden? Ich will Ihnen deutlich machen, um was es konkret geht. Der letzte Goldene Sonntag fand am 19. Oktober 2025 statt. Vormittags bekam ich den Anruf des Nachfahren einer jüdischen Opferfamilie aus Neustadt. Ein Großteil seiner Familie war von den Nazis ermordet worden – bei Riga in Lettland und an anderen Orten. Die Namen der Opfer sind auf den Tafeln des Holocaustmahnmals genannt. Entsetzt berichtete er mir, am Holocaust-Mahnmal stünden ein Panzer, Militärgerät und uniformierte Soldaten. Für ihn stelle sich angesichts solcher Vorfälle die Frage, wie lange er noch in Deutschland bleiben könne. Seine Frau hatte die wachhabenden Bundeswehrsoldaten gefragt, ob sie wüssten, dass sie sich mit ihren Militärgerät neben dem Holocaustmahnmal postiert hätten. Sie wussten von nichts; sie seien beauftragt worden, dort zu stehen.

Sowohl mit der historischen Bildung als auch mit der Ortskenntnis scheint es bei den Soldaten nicht weit her zu sein. Sie führen nur Befehle aus. Allen, die sich ein wenig mit deutscher Geschichte befasst haben, wird das bekannt vorkommen. Und: Macht man sich bei der Standortkommandantur in

Luttmersen und den Verantwortlichen für den „Goldenen Sonntag“ keine Gedanken über die Wirkungen von Kriegsgerät und Soldaten ausgerechnet am Holocaustmahnmal? Ist dort die deutsche Militärgeschichte unbekannt? Die Beteiligung der Wehrmacht am Judenmord? Ist unbekannt, dass Antisemitismus und Krieg Voraussetzungen waren für den Holocaust?
In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass Bundeswehrangehörige aus der Kaserne in Luttmersen 2017 und 2020 durch antisemitische, rassistische und frauenfeindliche Äußerungen auffielen. Insgesamt waren in einer rechten Chatgruppe 16 Unteroffiziere und zehn Mannschaftsdienstgrade beteiligt. Es handelte sich also nicht um Einzelfälle. Und ob das alle waren, bleibt offen. Militärische Demonstrationen und Werbeveranstaltungen gehören angesichts der für Zivilistinnen und Zivilisten traumatisierenden deutschen Militärgeschichte in die Kasernen und nicht auf öffentliche Plätze und schon gar nicht neben ein Holocaustmahnmal.
Ein weiteres Beispiel: Nach dem Umzug der Verwaltung ins neue Rathaus, wurde das ehemalige Kreiskrankenhaus mit zugehörigen Gelände – wie man hört – verkauft, das dort stehende Schüler*innen-Kunstobjekt mit Bauzäunen umgeben und der Öffentlichkeit damit entzogen. Es sei daran erinnert: Das von der Künstlerin Kerstin Faust konzipierte Objekt wurde aus gutem Grund und aktuellem Anlass aufgestellt und durch Neustädter Bürgerinnen und Bürger finanziert. Zweimal wurde es bereits von Unbekannten beschädigt. Durch Spenden konnte es wieder instandgesetzt werden. Während der Einweihungsfeier sagte der Neustädter Bürgermeister, das Kunstobjekt gehöre vor das neue Rathaus. Da hatte er recht. Angesichts von weiter zunehmenden Antisemitismus und Rassismus muss es genau dort stehen, zumal schon der Versuch gescheitert ist, die Straße am Rathaus nach der in Auschwitz ermordeten achtzehnjährigen Neustädterin Ilse Jacobsohn zu benennen.

Oder leben wir bereits in Zeiten, in denen das Erinnern an NS-Verbrechen, an den mörderischen Antisemitismus umgedeutet oder zum Verschwinden gebracht werden soll?
Angesichts dieser besorgniserregenden Situation danke ich Ihnen, dass Sie heute zur Gedenkveranstaltung gekommen sind, dass Sie ein Zeichen gesetzt haben und ich danke Ihnen für die jahrelange inhaltliche und finanzielle Unterstützung der Neustädter Erinnerungsarbeit.